



Antrag Nr. 8

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die
153. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien.**

Krisenanleihe

Zur Finanzierung der Folgekosten der Wirtschaftskrise (Arbeitslosigkeit, Beitragsausfälle der Sozialversicherungen, Beschäftigungsprogramme) werden alle Aktiengesellschaften und großen GmbH's gezwungen in der selben Höhe wie ihre ausgeschütteten Gewinne Sanierungsanleihen des Staates (Laufzeit 10 Jahre) zu kaufen, die mit zwei Prozent verzinst werden.

Die Aktiengesellschaften allein haben im Vorjahr 4 Milliarden Euro ausgeschüttet. Wenn Geld ausgeschüttet wird so bedeutet dies, dass es vom Unternehmen nicht gebraucht wird. Es ist daher legitim, dass nicht alles davon an die Eigentümer geht, sondern ein Teil davon dem Staat geborgt wird!

Der Staat käme damit zu billigem Geld, denn am internationalen Kapitalmarkt muss Österreich jetzt 4 Prozent für zehnjährige Anleihen bezahlen. Solche „Zwanganleihen“ sind im Krisenfall verfassungsrechtlich möglich! Würden diese Großbetriebe im Jahr 5 Milliarden ausschütten, so müssten sie auch um 5 Milliarden derartige Anleihen vom Staat kaufen. Der Staat würde sich allein dadurch in der Folge eine Milliarde an Zinsen ersparen.

Die Vollversammlung der AK-Wien fordert:

Der Finanzminister wird aufgefordert ein „Krisenanleihengesetz“ dem Nationalrat vorzulegen.

Inkrafttreten im Jahre 2011!